

Sächsische Volkszeitung

Bestand täglich nach dem Kurs der Sonn- u. Feiertags... Preis 1 Pf. 50 H.

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Zufolge werden die Inhabhaber... Druckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Ulbrichtstraße 48.

90 (250) 959 922 2 923... 2000 287 386 622 296 778... 8 87 (250) 433 980 270... 70 892 498 165 721 828... 783 944 517 49710 228... 18 (20000) 490 520 200... 539 422 949 54 964 481... 5 188 (250) 658 513 471... 27 812 429 966 924 714... 36 649 982 263 696 961... 73 471 220 (500) 130 780... 35 194 76 (250) 427 765... 265 (500) 55629 (250)... 14 859 719 562 292 799... 1 209 (250) 967 820 785... 287 (500) 905 471 (250)... 322 657 57000 204 627... 75 140 642 54818 749... 46 225 215 69 408 591... (250) 299 353 925 161... 110 126... 92 25 190 811 61637... (250) 592 514 836 750... 4 537 (250) 654 103 75... 13438 875 839 396 160... 55 511 96 (250) 100 35... 5 708 712 701 162 7-9... 8 85069 915 516 788... 378 94 375 66295 93... 7 205 (250) 974 37 154... 5 694 337 248 955 (500)... 9) 963 828 237 65718... 4) 417 704 928 62 (250)... 9227 785 894 614 417... 50 394 312 316 21 936... 57 103 59 492 948 163... 2 (500) 71451 696 620... 984 293 285 298 160... 726 258 377 259 805... 40) 307 73448 743 410... 27 883 274 (2000) 100... 646 686 637 947 555... 8 474 60 403 589 56... (250) 76298 213 229... (250) 77000 473 815... 9) (250) 653 459 (250)... 64 448 560 949 5 374... 156 127 985 (250) 982... 834 547 637 584 718... 777 758 348 392 570... 326 754 430 529 (250)... 571 664 97 305 550... 3 396 440 929 63... 946 393 (500) 84 390... 8 553 (30000) 509 771... 749 726 993 794 193... 664 543 172 989 528... 6881 228 456 90 949... 569 158 704 877... 771 929 313 367 174... 1 338 699 32 973 145... 9274 754 335 118 784... 213 604 773 520 421... 18 559 491 855 182... 23 164 373 194 772... 715 848 429 975 240... 6 639 486 (2000) 874... 85 752 (500) 128 430... 614 (250) 948 880... 14 109 336 368 308... 9 994 847 872 801... 6 406 253 491 667... 332 413 444 773 804... 22 71 491 896 696... 77 738 177 (250) 312... 177 289 265 828 444... 40) 303 99735 426... 79 490 331 (250) 552... an geliehen... 2000, 10 u. 1000.

r. Die englischen Neuwahlen.

Sir Campbell-Bannermann zog bereits am 8. Januar die Konsequenz aus seiner am 11. Dezember 1905 erfolgten Uebernahme der Regierung; er löste das Unterhaus auf und ordnete allgemeine Neuwahlen an, die schon in der nächsten übernächsten Woche stattfinden werden, doch dürfte erst gegen Ende des Monats das Resultat sich genau feststellen lassen.

Das englische Unterhaus besteht aus 670 Mitgliedern, die sich in Konservern, Liberale, Iren (Somerset, Nationalisten) und Arbeitervertreter teilen. Die Konservern werden auch „Unionisten“ genannt, da sie gegen Somerset (gegen eine selbständige Regierung Irlands) sind und die Union, das Bündnis zwischen Großbritannien und Irland, aufrecht erhalten wollen.

Die Konservern sind im Wahlkampf nicht einig; sie treten in zwei großen Gruppen auf. Die Anhänger Chamberlains treten offen für Lebensmittelpolitik auf, um das Reich durch einen Vorzugstarif zusammenzuschließen; selbstverständlich sind sie gegen Somerset, da die strategische Lage Irlands eine beratige sei, daß England die volle Gewalt über diese an Englands westlicher Flanke liegende Insel haben müsse; aber schon um deswillen sind sie gegen Somerset, weil ja der imperialistische Gedanke an sich „Zusammenschluß großer Gebiete und Nichtzerstückelung des Reiches“ bedeutet.

sich auf katholische Wähler stützen, hatten sie protestantische Führer. Der große O'Connell war der einzig bedeutende katholische Kopf unter ihnen und er ist schon lange tot; sein Andenken lebt wohl noch weiter; aber die Nachfolger in der Führerschaft mißbrauchten oft ihre Wähler zu ihrem Einfluß für persönliche Wünsche.

Die Arbeiterpartei tritt diesmal mit besonders großen Hoffnungen in den Wahlkampf ein; sie ist nicht zu verwechseln mit der Sozialdemokratie. In der Arbeiterpartei besteht wohl auch eine sozialdemokratische Unterströmung, aber sie hat bis jetzt nicht sehr viel Erfolge aufzuweisen. Der beste Beweis liegt darin, daß sie auch nur neun Mandate aufgestellt hat.

Der Ausfall der Wahl in England hat aber, wie schon aus diesen Zeilen hervorgeht, auch großes Interesse für das Festland. Mit dem Siege der Liberalen tritt eine erhöhte Bürgschaft des Friedens ein; der auch nur annähernde Sieg Chamberlains dagegen bedeutet eine Kriegserklärung auf wirtschaftlichem Gebiete.

Deutscher Reichstag.

Das Haus legt die 1. Lesung der Steuervorlagen fort. Staatssekretär Freiherr v. Stengel: Wir stehen mit unserer Schuldenlast sehr schuldig, neue Steuern sind geboten; die Reichserbschaftsteuer ist keine direkte Steuer; in Sachsen ist sie noch heute indirekte Steuer. Das Interesse des Brauereiwesens erfordert Ruhe und deshalb können wir jetzt nicht die Vieheböden befechtigen.

wird ein beisehendes Blümchen sein. Die Stempelabgaben gehören in das Gebiet der Kuriositäten. — Abg. Gamp (Nst.) polemisiert gegen die Reichserbschaftsteuer. Schließlich erklärt er sich bereit, für die Steuer zu stimmen, um die ganze Reform zu retten.

Politische Mundschau.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt offiziell: „Der Pariser Korrespondent der „Times“ hat den Versuch unternommen, das angebliche Zeugnis eines Verstorbenen gegen Sr. Majestät den Kaiser und gegen den Reichskanzler Fürsten Bismarck anzuspüren. Er will nämlich Kenntnis von Aufzeichnungen des einstigen Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe haben, nach denen ein Gegenfall zwischen dem Kaiser und seinem damaligen ersten Berater bei der Beilegung von Kiautschou bestanden habe.“

Der verstorbenen frühere preussische Minister der öffentlichen Arbeiten, v. Thielen, ist am 30. Januar 1832 zu Weisel geboren. Er studierte in Bonn und Berlin die Rechte, wurde 1860 Regierungsdirektor in Arnberg und war dann kurze Zeit Mitglied der Regierung in Koblenz. Im Jahre 1881 wurde v. Thielen Präsident der Eisenbahndirektion in Elberfeld und 1887 in Hannover. 1891 wurde er an Stelle von Bismarck zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt, welchen Posten er bis zum 23. Juni 1902 inne hatte.

Die Budgetkommission des Reichstages legte am 11. d. M. die Beratung des Postgesetzes fort. Müller-Fulda (Zt.) forderte Einschränkung der Portofreiheit der Fürsten, damit nicht mehr für den „fürstlich schauinslandischen Habitus“ portofreie Reklame gemacht werden könne. Ergberger (Zt.) schloß sich dem an; die Fürsten hatten auf Grund des Gesetzes und Regulative von 1863 wohl das Recht für solche Portofreiheit, aber beide müßten eben geändert und abgelöst werden.

der Verkehr nicht rentiere. Paasche (nat.-lib.) hält eine Reform ebenso für geboten. Erzberger (Zt.) hält die Reform des Zeitungstarifes unbedingt für nötig; manche große Blätter haben riesige Summen geopfert, andere mußten mehr bezahlen und konnten sich nur durch Erhöhung der Abonnementsgebühren halten. Die Leistungsfähigkeit müsse hierbei mehr berücksichtigt werden. Singer (Soz.) und Eichhoff (fri. Vpt.) hielten die Zeit für eine Aenderung noch nicht für gekommen. Damit ist der Postetat erledigt.

— **Die Postfreiheiten der Fürsten.** In der Budgetkommission des Reichstages hat, wie wir oben erwähnten, der Zentrumsabgeordnete Müller-Julda ein höchst interessantes Kapitel bei der Beratung des Postetats angeschnitten, nämlich die Postfreiheit der Fürsten. Durch Verträge und das Reichsgesetz von 1869 haben die regierenden Fürsten Postfreiheit erhalten; selbstverständlich hat man diese Vergünstigung nur für den persönlichen Verkehr der Fürsten sich gedacht. Aber die Sache hat mit der Zeit eine andere Bedeutung gewonnen. Wie die Abgeordneten Erzberger, Dr. Arndt und Dr. Südekum mitteilten, erstreckt sich heute die Postfreiheit nicht nur über den Verkehr der Fürsten, sondern über dessen ganzen Hofstaat, ja selbst über gewerbliche Anlagen (Brennereien, Molkereien, Weinleereien) der Fürsten. Es wurden von diesen Abgeordneten fast ganz ungläubliche Vorkommnisse erzählt, so z. B. daß der Küchenchef eines süddeutschen Hofes alle seine persönlichen Bedürfnisse auch portofrei bezieht, daß in einem anderen Lande die Prospekte über Seilauellen und Wasserbehandlungen portofrei aufgegeben werden und daß auf diesen portofreien Bezug eigens in den Prospekten hingewiesen wird; ferner daß Hunderte und Tausende von Kilogramm Butter aus fürstlichen Molkereien verpackt werden. Die Kommission hat einstimmig die Ausdehnung der Postfreiheit verworfen, und es ist sehr bezeichnend, daß selbst von seiten der Reichspartei der Antrag ausgegangen ist, eine Untersuchung einzuleiten, in wie weit ein solcher Mißbrauch stattgefunden hat und Vorschläge über die Beilegung desselben zu machen. Staatssekretär Kräfte meinte, wenn diese Debatte in der Öffentlichkeit bekannt werde, würden die Fürsten schon von selbst für Abhilfe sorgen; jetzt sei diesen wohl kaum diese Ausdehnung ihres persönlichen Privilegs bekannt; die Hofverwaltungen machten dies auf eigene Faust. Die Kommission aber nahm trotzdem den Antrag der Reichspartei an. Daß diese Postfreiheit in ganz auffallender Weise benutzt worden ist, zeigt am deutlichsten der Umstand, daß der Antrag von der sogenannten Postkammerpartei ausgeht, die gewiß antimonarchische Tendenzen nicht verdrängt ist. Gerade im Interesse der Monarchie liegt vielmehr eine Einschränkung der Postfreiheit auf den persönlichen Verkehr der Monarchen.

Gestern wurde in Braunschweig der 28. ordentliche Braunschweigische Landtag im Auftrage des Regenten durch Staatsminister Dr. v. Otto eröffnet. In der Eröffnungsrede führte dieser aus, daß seit dem vorigen Landtage die unglückliche Gestaltung des Staatshaushaltes sich wesentlich verschärft habe. Die Ausgaben seien gestiegen und die Einnahmen hätten sich verringert. Es werde deshalb eine Erhöhung der Staatseinkommen- und Erbschaftsteuer, sowie eine Erhöhung der Stempelsteuer vorgeschlagen.

Die **Peidwerde der Kameruner Häuptlinge** erregt immer mehr Aufsehen. Das „Namb. Fremdenblatt“ veröffentlicht einen Bericht über die Gerichtsverhandlung, die vom Bezirksgericht in Duala gegen die Kamerun-Häuptlinge wegen Unterzeichnung der bekannten Peidwerdehandschrift gegen den Gouverneur von Puttkamer eingeleitet wurde. Die Verhandlungen dauerten 11 Tage. Am 5. Dezember wurde das Urteil gefällt. Er erhielten King-Atwa 9 Jahre, ein Großhauptling 7, zwei weitere Großhauptlinge 3, ein Häuptling 2½, 2 Häuptlinge 1½ Jahre und die übrigen Unterhauptlinge je 3 Monate Gefängnis. Die Gerichtsverhandlung bestätigt, daß diese außerordentlich hohen Strafen lediglich deshalb verhängt wurden, weil die Peidwerdeführer überhaupt gewagt hatten, „über den Kopf des Gouverneurs“ hinweg sich direkt an den Reichstag und an den Reichszanzer zu wenden. Die Urteilsbegründung führt aus, daß das eine Unbotmäßigkeit (!!!) wäre, die geeignet sei, die deutsche Autorität zu untergraben. Es sollte eben ein Exempel statuirt werden. Lediglich die Unterzeichnung der Peidwerdehandschrift ist maßgebend gewesen für die Strafbemessung. (!) Die früher geäußerte Annahme, daß bei der Verhängung von Gefängnisstrafen bis zu 9 Jahren unbedingt noch andere Gründe vorgelegen haben müßten, die sich unserer Beurteilung entziehen, bestätigt sich demnach nicht. Der Gerichtspräsident, Assessor Semmerring, betonte ausdrücklich, daß der Gouverneur besonders deshalb erbittert sei, weil die Peidwerde über seinen Kopf hinweg abgegangen sei. Der Anwalt Atwa machte demgegenüber geltend, daß alle in der Peidwerde angeführten Tatsachen auch dem Gouverneur Puttkamer vorgetragen seien. Dieser aber habe die Peidwerden unbeantwortet gelassen. Da erst hätten sie sich in ihrer Not an den Reichszanzer gewendet. Puttkamer kommt am 1. Februar hier in Berlin an; die Abrechnung mit seinem System wird eine scharfe werden. Der Gerichtspräsident Semmerring aber sollte ebenso rasch nach Deutschland zurückberufen werden.

In der **bayerischen Abgeordnetenkammer** erklärte der Führer der Sozialdemokraten, Abg. v. Bollmar, daß die Sozialdemokraten bei Bedrohung des Vaterlandes die besten Verteidiger sein würden, daß aber das Heer sich nicht zur Aufrechterhaltung der künftigen werdenden Klassenherrschaft hergeben dürfe. Weder suchte jemand eine Entlassung seines Fraktionskollegen Kollwagen: „Wo es uns gut geht, ist unser Vaterland“, zu verteidigen.

Eine **Skandalaffäre im deutschen Heere.** Großen Diebstahls an Waffen und Munition bei der deutschen Militärverwaltung ist man auf die Spur gekommen. In die Untersuchung sind Unteroffiziere einer großen Anzahl von Regimentern, vornehmlich der Infanterieregimenter Nr. 140, 134, 46, 47 und 6 verwickelt. Die gestohlenen Gewehre und die Munition sind meist nach dem Auslande, speziell nach Rußland, vertrieben worden. Auch ist festgestellt, daß ein Infanteriegewehr Modell 98 dem Spionagebureau in Paris eingeliefert ist. Ferner ist ein Kriminal-

kommissar auf Verdachtsgründe hin nach Götting gefahren, um ein dortiges Sehlerneft auszuschleimen. Viele Untersuchungen fanden in den letzten Tagen bei Büchsenmachern und Waffenhändlern in Berlin statt. Sie begannen in Spandau und dehnten sich dann auch auf Berlin aus. Zurückgeführt werden sie auf die Verhaftung des Waffenhändlers Koll aus Grünberg in Schlesien, der unter anderem auch des Landesverrats beschuldigt wird, und eines Althändlers Behrendt aus Posen. Das „Verl. Tagebl.“ berichtet hierzu folgendes: Behrendt, der in die Enge getrieben wurde, gestand ein, daß er die Patronen und auch Gewehre von einigen Unteroffizieren gekauft und diese durch den Waffenhändler Koll nach Grünberg weiter vertrieben habe. Die daraus bei Koll vorgenommene Durchsuchung förderte ein ganzes Lager von Infanteriegewehren der Modelle 87—88 und 98 zutage. Gleichzeitig konnte durch die beschlagnahmte Korrespondenz ermittelt werden, daß die Gewehrlieferungen aus Königsberg, Graudenz, Hohenalza, Bromberg, ja sogar aus Mey und Wranchen erfolgt waren. Es wurde daraufhin die Verhaftung aller verdächtigen Militärpersonen angeordnet. Koll soll mit alten Militärgewehren Modelle 83—84 und 88 einen schonungslosen Handel getrieben haben, obwohl für die Abgabe solcher Waffen bestimmte Vorschriften bestehen. Im Inlande werden die ausgeschiedenen Militärgewehre nur an Krieger- und Schützenvereine verkauft, und zwar nur in einer Anzahl, die sich mit dem jeweiligen Mitgliederbestande deckt. Sie kosten nur 1 Mark 50 Pfennig das Stück einschließlich 1000 Patronen. Diese Gewehre weiter zu verkaufen, ist verboten. An das europäische Ausland dürfen alle Militärgewehre nicht abgegeben werden. Für das anhereuropäische Ausland werden sie in größeren Posten an Händler verkauft, die einen Auftrag nachweisen. Die Ausfuhr wird überwacht. Es sind nun aber auch in Europa viele alte deutsche Militärgewehre gefunden worden. Auch die russischen Revolutionäre besitzen sie und verwenden sie im Kampfe gegen das Militär.

— **300 000 Mark Provision als Wohltätigkeitsstiftung.** Von durchaus zuverlässiger Seite erfahren wir, daß die hohen Herren des Kamerun-Syndikates infolge der Entstellungen des Abg. Erzberger beabsichtigt, nimmend die 300 000 Mark Provision für eine wohltätige Stiftung (für ein Krankenhaus) zu verwenden. Das heißt das Geld zu früh verteilt! Erst müssen sie doch diese Gelder haben! Wir hoffen, daß der Reichstag einfach diese Summe aus der Kamerunbahnvorlage herausstreicht, falls er die Bahn überhaupt noch genehmigt.

— **Der Kulturkampf in Frankreich — ein Muster für die deutschen Liberalen.** Im „Freien Wort“ veröffentlicht Otto Föhr-Frankfurt einen Aufsatz über die Trennung von Kirche und Staat in Frankreich. Es heißt darin unter anderem: „Die Lage für die katholische Kirche in Frankreich ist in der Tat sehr kritisch. Es fragt sich zunächst, ob die französische Kirche, auf sich selbst gestellt, stehen kann oder ob sie zu Boden fällt; sodann, ob die französischen Katholiken, die jetzt selbst für die Kosten ihres Kultus auskommen müssen, auch noch ferner die Summen aufbringen werden, die sie bisher nach Rom geschickt haben. Und endlich fragt es sich, ob nicht das Trennungsgesetz unter den französischen Katholiken selbst religiöse Kräfte entfesselt, die der Kirche, der Hierarchie, dem Papsttum gefährlich werden können. Das sind lauter Fragen, die auch der größte kirchliche Optimist, sofern er sich auf die Zeichen der Zeit nur einigermaßen versteht, nicht mit Zuversicht und Hoffnungsfreude beantworten kann. Man begreift darum die Unruhe, die alle Leiter der Kirche, von unten bis oben, ergriffen hat; sie beweist am besten, wie zielgerecht und wichtig der Schlag ist, der gegen die Herrschaft Roms geführt wird. Der Religion schadet das Trennungsgesetz nicht, aber es ist ein Todesstoß gegen jene Macht, die unter dem Deckmantel der Religion politisch-egoistische Zwecke verfolgt. Fortan, da die Schule frei ist und keine Brücke mehr vom geistlichen zum Weltlichen, von der Religion zur Politik hinüberführt, ist der französische Staat geistlich und geistig gegen das reaktionäre Gift, das die Kirche durch tausend große und kleine Skandale seinem Körper eingegießt hat, und fortan kann die Republik, von fremden Schändlichkeiten nicht gehemmt, dem Geleis ihrer eigenen freien Entwicklung folgen. Mit seiner ganz modernen Schul- und Kirchenpolitik hat sich Frankreich wieder an die Spitze des Weltfortschrittes gestellt und sein Beispiel, das den Beifall aller aufgeklärten Geister findet, wird ohne Zweifel nachgeahmt werden. Freilich zunächst nicht von Preußen-Deutschland, das gerade jetzt die Bande, die den Staat und die Schule an die Kirche knüpfen und sie ihr untüchtig machen, verstärkt und befestigt und dadurch der Reaktion, die ohnehin schon mächtig genug ist, neue gewaltige Kräfte zuführt. Und da wundern sich unsere Staatsmänner noch, daß Preußen-Deutschland in der Welt nicht beliebt ist!“ Das Beispiel Frankreichs soll und wird also nach dem Bunde der Liberalen nachgeahmt werden. Sie bedauern offenbar recht lebhaft, daß sie augenblicklich ihren Haß gegen die katholische Kirche in Deutschland noch nicht befriedigen können. Aber sie hoffen auf die Zukunft. Nun, das katholische Volk wird auf dem Posten sein, um den Angreifern die gebührende Antwort zu geben!

— **Der Streit um des Kaisers Vart** geht lustig weiter. Die „Staatsbürger-Zeitung“ behauptet zu hören, „über die fröhe Freude des Geheimrats Dr. Velferrich“ seien an der Arbeit, die Vorlage der verbündeten Regierungen, betreffend die Errichtung eines Reichskolonialamts zum Scheitern zu bringen und die ganze Reorganisation der Kolonialverwaltung darauf zu beschränken, daß an die Stelle des Kolonialdirektors ein Unterkam.-Sekretär tritt. Die „Nat.-Ztg.“ tritt, wie ein gehorsamer Volkjournalist dieser Meldung entgegen und meint, daß eine der wesentlichsten Gründe, aus denen der Uebertritt Dr. Velferrichs in die Leitung der Anatolischen Bahnen veranlaßt worden ist, gerade darin besteht, daß auch die Mitwirkung dieses Beamten bei der Vertretung der Vorlage über das Reichskolonialamt gerechnet wird. Das kann sich ja sehr häßlich gestalten, da gerade dieser Beamte vor Jahresfrist noch eine Proklamation geschrieben hat, welche sich gegen ein selbständiges Kolonialamt wendet.

— **Das Sartoriusche „Weinverfälschungsmittel“** im letzten Herbst, also 1905, stellt sich nach der Berechnung, welche der „Wfänger Ztg.“ von dem Leiter eines Gesundheits-

amtes jugend, folgendermaßen: „In dem Weinprozeß wurde nachgewiesen, daß Sartorius 700 Zentner Zucker zur Verbesserung seines Weines verbraucht hatte. Theoretisch berechnen sich nun aus 100 Gramm Zucker 50 Gramm Alkohol. Daher 100 Gramm Zucker gleich 500 Kubikzentimeter Wein. 1000 Gramm (1 Kilogramm) Zucker gleich 5 Liter Wein, 50 Kilogramm (1 Zentner) Zucker gleich 250 Liter Wein. Da nun Sartorius 700 Zentner Zucker in den Monaten September, Oktober und November des Jahres 1905 zu seiner „Weinverbesserung“ verbraucht hat, so hat er durch diesen Zuckerverbrauch 175 000 Liter Wein mehr produziert.“ Welche Nielewaquantitäten wurden da wohl im Laufe von etwa 20 Jahren zusammen produziert? Und da wundert man sich noch, wenn der kleine Winger, der reelle Handel, seine Produkte nicht an den Mann bringen kann.

— **Endlich ein Protest aus liberalem Lager.** Unter der Epigramme „Schwimmende Särge?“ wendet sich ein Korrespondent der „Augsb. Abendztg.“ in scharfer Ausföhrung gegen die fortgesetzte Verabreichung eines Teiles unseres Schiffsmaterials durch gewisse Marineoffiziere. Es heißt darin: „Es ist eine mißliche Sache, in einer Form, wie dies vielfach geschieht, die nach sehr eingehenden Beratungen mit den maßgebendsten Offizieren, Technikern und Ingenieuren abgehandelten Arbeiten des Reichs-Marineamtes zu kritisieren. Manche dieser Artikel sind von angeblicher Vesserverserei distanziert. Der Schaden dieser Artikel ist viel größer, als der Nutzen, den sie anstiften können, selbst wenn alles zutreffend wäre. Die Schadenfreude im Auslande wird erweckt, und schließlich schafft man so mit diesen Artikeln die angeblich „schwimmenden Särge“ nicht aus der Welt. An und für sich ist es schon ein schwieriges Thema, Schiffstopfervergleiche anzustellen. Aus sicher wohlvertroffenen Gründen, zu denen wohl nicht der geringste die Rücksicht auf das Budget war, hat unsere Marineverwaltung in früheren Jahren sich offenbar bemüht, mit kleinen Displacements auszukommen. Bekanntlich hat sich in neuester Zeit durch das Vorgehen anderer Nationen und hauptsächlich durch die Erfolge der großen japanischen Linienschiffe in der Seezucht bei Tsushima auch für Deutschland die Notwendigkeit ergeben, große Linienschiffe von 18 000 Tonnen zu bauen. Alles in der Welt veraltet, vor allem auch das Material anderer Nationen. Es ist wirklich ein höchst interessantes, unsere neueren und neuesten Linienschiffe und Kreuzer als minderwertiges Material, als „schwimmende Särge“ hinstellen zu wollen. Was ist das z. B. für eine Logik, wenn 1901 die Schiffe der deutschen Braunschweigklasse denjenigen der König-Eduard-Klasse gleichwertig sind, und wenige Jahre später die der Deutschlandklasse, welche gegenüber der Braunschweigklasse Verbesserungen aufweisen, einen solchen Vergleich nicht aushalten können.“ Wenn ein Zentrumsblatt solche ganz berechtigte Sätze ausspricht, fällt gerade die liberale Presse über dieses her. Es ist höchste Zeit, daß gegen das Treiben gewisser Marineoffiziere in allen deutschen Bauen sich Proteste erheben.

#### Frankreich.

— **Der Senat wählte Fallières mit 173 von 249 abgegebenen Stimmen wieder zum Präsidenten.**

— **Das Gelbbede über die makedonischen Angelegenheiten** ist heute im Parlament verteilt worden. Es enthält 179 Dokumente und umfaßt den Zeitraum vom 26. März 1903 bis 23. Dezember 1905. Die Schriftstücke lassen die Bemühungen der Mächte erkennen, die Türkei zur Durchführung der angelegten Reformen zu veranlassen und den Ausbruch offener Feindseligkeiten zwischen der Türkei und Bulgarien zu verhindern. In einem Schreiben vom 22. August 1903 an Minister Delcassé sagt der französische Botschafter in Konstantinopel, man könne sich die Zahl der Banden und die Mengen von Dynamit und Sprengstoffen, von denen Makedonien voll sei, nicht erklären, ohne zuzugeben, daß es an den bulgarischen Grenzen an Ueberwachung mangelte. Conzang fügte hinzu, die Ausschreitungen der Banden seien ebenso grausame, als die den Mohamedanern vorgeworfenen. Die Inzwerksetzung der Reformen sei unmöglich. Am 13. Dezember teilte Conzang Delcassé mit, die Bforte hätte die Reorganisation der Gendarmerie gern einem deutschen Offizier übertragen, aber Deutschland scheine entschlossen, sich von der Sache fernzuhalten. Es werde nun ein italienischer General gewählt werden. Der französische Botschafter in Wien teilte unterm 24. Februar 1904 Delcassé mit, daß sich das Gerücht von einer Mobilmachung der österreichischen Armee tatsächlich trotz des Regierungsdementis erhalte. Viele der Dokumente sind Noten diplomatischer und Konsularagenten über die Attentate und Zwischenfälle in Makedonien und über die Tätigkeit der Gendarmerie.

#### Niederlande.

— **Die Erste Kammer hat den Vertrag mit Deutschland** betreffend des Niederlassungsrechts von Deutschen und Niederländern in Holland bezw. Deutschland und betreffend die Ausweisung mittelloser Auswanderer angenommen.

#### England.

— **Der unionistische Kandidat** für die Unterhauswahlen für Stirling (Schottland), Wurdison, hat seine Kandidatur wegen Erkrankung zurückgezogen, so daß dem Premierminister Campbell-Bannermann in dem Wahlkreis kein Kandidat gegenübersteht.

#### Rußland.

— Nach einer amtlichen Meldung hat der Kaiser durch Ukas vom 24. Dez. befohlen, die Einberufung der Duma zu beschleunigen, die im Zusammenhang mit den Einrichtungen, auf denen das Wahlsystem beruht, sehr umfangreiche Vorbereitungen erfordert. Aber die Bewältigung der nötigen Vorarbeiten erfordert viel Zeit, jedenfalls nicht weniger als fünfzig Tage, und die Abgeordneten können erst gegen Ende April in Petersburg zusammentreten, falls nicht durch Ausschüsse oder andere Unordnungen das normale Leben gestört wird.

— Die „Nowoje Wremja“ gibt Äußerungen des Ministerpräsidenten Witte wieder. Witte sprach die Ueberzeugung aus, daß die aus der Wandschurei zurückkehrende Armee die Wiederherstellung der Ruhe im Innern be-



